

Stadt Heidelberg

Antrag Nr.:
0042/2019/AN

Antragsteller: SPD
Antragsdatum: 07.05.2019

Federführung:
Dezernat V, Kämmereiamt

Beteiligung:

Betreff:

**Satzung zur Erhebung einer Steuer auf Plastik-
Einwegverpackungen im Gastronomiebereich**

Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	27.06.2019	Ö		
Bau- und Umweltausschuss	22.10.2019	Ö		
Haupt- und Finanzausschuss	06.11.2019	Ö		
Gemeinderat	21.11.2019	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Antrag Nr.: 0042/2019/AN

Briefkopf des Antragstellers:



Sozialdemokratische Partei Deutschlands
Gemeinderatsfraktion Heidelberg

SPD-Gemeinderatsfraktion, Marktplatz 10, 69117 Heidelberg

**Herrn Oberbürgermeister
Prof. Dr. Eckart Würzner
Rathaus
69117 Heidelberg**

Prof. Dr. Anke Schuster, Fraktionsvors.
Michael Rochlitz, stellv. Vorsitzender
Dr. Monika Meißner, stellv. Vorsitzende
Karl Emer
Mirko Geiger
Andreas Grasser
Mathias Michalski
Imtraud Spinnler

Marktplatz 10
69117 Heidelberg
☎ 06221/5847151
☎ 06221/584647150
✉ geschaeftsstelle@spd-fraktion.heidelberg.de
www.spd-fraktion-heidelberg.de

07.05.2019

Tagesordnungspunkt Gemeinderat

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderats beantragen die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg im öffentlichen Teil die Aufnahme des Tagesordnungspunktes:

Satzung zur Erhebung einer Steuer auf Plastik-Einwegverpackungen im Gastronomiebereich

Die Verwaltung wird beauftragt, dem Tübinger Modell folgend eine Satzung zur Erhebung einer kommunalen Steuer auf Einwegverpackungen von Speisen und Getränken, die zum sofortigen Verzehr abgegeben werden, zu erarbeiten.

Begründung:

Die öffentlichen Flächen in Heidelberg werden durch weggeworfene Plastik-Einwegverpackungen im Gastro-Bereich zunehmend belastet. Getränke-Becher, Salad-Bowls, Asia-Food-Behältnisse, Smoothie-Becher et cetera müssen von den Heidelberger Diensten eingesammelt werden. Dadurch entstehen der Stadt zusätzliche Kosten, überdies ist die Umweltbelastung erheblich, ebenso wie bei Coffee-to-go-Bechern.

Wir bitten deshalb die Verwaltung um eine rechtliche Prüfung, und eine entsprechende Satzung zu erarbeiten.

gezeichnet SPD-Fraktion

